

Calmer Calwblatt

Nr. 118.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Veröffentlichungswerte: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 2.—
Werbekosten Nr. 5.— Auf Sonntagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspre. 9.

Dienstag, den 23. Mai 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erdgas Nr. 45.— vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 45.— mit Bestellgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Auf der Tagung des Reichsverbands der deutschen Industrie hielt der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Müller, eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die deutsche Handelsflotte wieder zur Geltung gelange, und auch die deutsche Volkswirtschaft im Ganzen sich nach und nach erhole. Besonders Interesse dürften die Ausführungen des Geheimrats Dr. Bücher sein, wonach bei Fortführung der seitherigen Wirtschaftsmethoden Amerika auf dem Wege zur Erlangung des gesamten Weltbesitzes sei. Es beherrsche jetzt schon die meisten wichtigsten Rohstoffgebiete, und von den 32 Milliarden Goldmark der Weltwirtschaft habe es heute schon 18 Milliarden. Wir sehen vier also, daß sich das Eingreifen Amerikas in den Weltkrieg zwecks Vernichtung seines schärfsten wirtschaftlichen Konkurrenten gelohnt hat.

Wie die Berliner Blätter aus Paris melden, sollen die Verhandlungen des deutschen Reichsfinanzministers mit der Reparationskommission bisher einen günstigen Verlauf angenommen haben. Man wird aber deshalb noch nicht optimistisch werden dürfen, denn nach den gestern veröffentlichten Erklärungen Poincares wird mit der französischen Droh- und Erpressungspolitik noch nicht jogleich abgebrochen werden.

Allerdings scheint man sowohl von London wie von Washington aus auf die Franzosen drücken zu wollen. So wird aus Amerika gemeldet, daß die wirtschaftlichen Sachverständigen der amerikanischen Regierung der Ansicht seien, daß Amerika an dem Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaft nur dann teilnehmen könne, wenn die Reparationsfrage auf einer Grundlage gelöst werde, die Vertrauen einflöße, d. h. die Forderungen so bemessen werden, daß Zinsen und Kapital bezahlt werden, wenn sie fällig sind.

Tagung des Reichsverbands der deutschen Industrie.

Eine optimistische Auffassung über unsere Wirtschaftslage.

Hamburg, 22. Mai. Die vierte Mitgliederversammlung des Reichsverbands der deutschen Industrie, die aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich besucht ist, wurde heute eröffnet. In Vertretung der durch die Kabinettsitzung in Berlin abgehaltenen Reichsminister war der Staatssekretär vom Wiederaufbaumministerium, Müller, anwesend. Der Bürgermeister Dr. Diefel hieß in kurzer Ansprache die städtische Versammlung mit herzlichen Worten willkommen. Nach der offiziellen Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Sorge, der in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach innen und außen beleuchtete, überbrachte Staatssekretär Müller die Grüße der Reichsregierung, die der Tagung alles Gute wünsche. Die Regierung habe ein großes Interesse an den Beschlüssen des Reichsverbands der deutschen Industrie. In Hamburg sei in kurzer Zeit eine Handelsmarine wiedererstand, die immerhin so stark sei, daß wir uns auf dem Weltmeer wieder mit ihren Schiffen sehen lassen könnten. Der Wiederaufbau im Innern sei, wenn auch noch nicht abgeschlossen, so doch im guten Fluß. Was die Beteiligung Deutschlands an der Weltwirtschaft betreffe, so sprach der Redner die Ueberzeugung aus, daß es der Laikraft des hantelischen Kaufmanns gelingen werde, Deutschland die alte Geltung wieder zu verschaffen.

Die wirtschaftliche Welt Herrschaft Amerikas.

Einen hochinteressanten Vortrag hielt Geheimrat Dr. Bücher, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Reichsverbands, über die jüngste Entwicklung der internationalen Wirtschaftslage und Folgerungen aus der Genueser Konferenz. Er führte etwa aus: In Resolutionen kann der Wert der Genueser Konferenz nicht liegen. Diese bilden nur Extrakte aus dem ersten Koeg nationalökonomischer Anfangsemester. Sie können und werden nicht die starren Willensentscheidungen der versammelten 35 Staaten sein. In der internationalen Handelspolitik muß man zur Lösung der verworrenen Verhältnisse durch Handelsverträge kommen, bei denen die Sicherung und Einschränkung Platz greifen müßte, daß sie sich nicht gegen dritte, in Beziehung oder Nichtbeziehung zu den Vertragskontrahenten stehenden Staaten richten dürfen. Das russische Problem ist nicht gelöst, ist in Genua nicht gelöst worden und wird auch im Haag nicht gelöst werden. Für den Handel ist das russische Geschäft mit einem solchen Umaß von Risiken belastet, daß es mit den jetzt gegebenen Ordnungsregularien nicht gewagt werden kann. Genua konnte nicht zu neuen Wagnen führen. Die Nichtbeteiligung Amerikas machte Genua peril.

Amerika ist der Welt, ohne den man in Genua die Rechnung machen wollte, und demgemäß verrechnete sich Genua. Ausschlaggebend für die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zu einander ist ihre Wirtschaftsbilanz. Amerika hatte allein schon im Kriege eine aktive Handelsbilanz. Es hatte durchschnittlich jährlich etwa 500 Millionen Dollar Uberschuß. Im Kriege verschob sich das Zahlverhältnis ins Groteske. Von 1915 bis 1921 einschließlich hat Amerika für 48 Milliarden Dollar Waren verschickt, davon für 26 Milliarden allein nach Europa. Dagegen hatte es aber nur für 5 Milliarden Dollar Waren bekommen. Europa hat mit dem ausgenommenen amerikanischen Uberschuß 21 Milliarden Dollar Verschuldung auf sich genommen. Europa hat diese Schuld bis jetzt durch Rückgabe amerikanischer Werte und durch Rimeffen im Gesamtwert von etwa 10,25 Milliarden Dollar abgedeckt. Diese Zahlen umfassen noch nicht die europäische Gesamtschuld, es fehlen noch über drei Milliarden Dollar Schulden an Banken und Private. Im ganzen verbleiben noch nach erfolgter Abdeckung immer 15 Milliarden, von denen 13 Milliarden unfundiert sind. Auch im Ein- und Ausfuhrüberschuß in Beziehung zu Amerika ergibt sich ein Aktivsaldo für 1921 von 1955 Millionen Francs, Großbritannien's Passivität 276 Millionen Pfund, Italiens Passivität acht Milliarden Lire, während die Niederlande eine Passivität von 870 Millionen Gulden und Schweden eine solche von 168 Millionen Kronen und die Schweiz eine Passivität von 484 Millionen Franken hat. Die Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz entspricht der Passivität aller anderen Staaten. Europa hat seine Erparnisse aus der Nachkriegszeit bis jetzt an Amerika abgeliefert. Amerika befehligt zudem den Baumwoll-, Kupfer- und Wolllmarkt zusammen mit Kanada. Trifft keine Veränderung der Verhältnisse ein, so müssen alle europäischen Staaten ihre Handelsbilanz vernichtet sehen. Amerika sperrt sich trotzdem immer noch stark gegen die Zufuhr von Waren aus den europäischen Staaten. Das befelegt das Schicksal der europäischen Staaten. Aber die Katastrophe der europäischen Staaten muß auch Amerika mitgehen. Fährt Amerika in seiner bisherigen Art und Arbeit fort, dann kommt es zwar in den Besitz alles Weltbesitzes, denn von den 32 Milliarden Weltgoldmark hat Amerika allein schon 18 Milliarden. Das ist aber gegen alle Gesetze einer gesunden Wirtschaft. Auch weiß Amerika die gesamten Rohstoffe fast monopolistisch beherrscht, muß es den heute schon 40 Prozent betragenden Leerlauf der europäischen Wirtschaft noch vergrößern. Das Leben in der Weltwirtschaft ist nur möglich, wenn alle produktiven Kräfte arbeiten, sonst kommen Krisen über Krisen und das bedeutet zunächst die Vernichtung der europäischen Kultur. Ist Amerika nun zur absoluten Führung imstande? Vielleicht wird es ein kommendes, neues Zeitalter mit sich bringen. Aber wir dürfen sagen, daß dieses Zeitalter mit der Vernichtung der gesamten europäischen Wirtschaft und mit seiner Verelendung zu teuer erkauft wird. Würde dies alles die öffentliche Meinung in Europa schon erkennen, so müßte man sehr bald zu einer Einigung kommen. Amerikas große aufgehäufte Kapitalien müssen der Weltwirtschaft wieder zugeführt werden. Der europäische wirtschaftliche Leerlauf muß durch sie beseitigt werden. Das brächte ein stabiles Europa und stabile weltwirtschaftliche Verhältnisse.

Nach Genua.

Die Besprechungen in Berlin über das Ergebnis von Genua.

Berlin, 22. Mai. Das „Tageblatt“ teilt mit, daß in der heutigen Kabinettsitzung außer über die Genueser Beratungen auch über die Besprechungen, die gegenwärtig zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und den Mitgliedern der Reparationskommission in Paris schweben, besprochen worden sei. Auch die am Mittwoch beginnenden Anleiheverhandlungen seien erörtert worden. Wie das Blatt weiter hört, wird Reichsfinanzminister Dr. Hermes am Mittwoch nach Berlin kommen, um dem Reichskabinet über den bisherigen Verlauf seiner Besprechungen Bericht zu erstatten. Voraussichtlich wird Dr. Hermes nur einen oder zwei Tage in Berlin bleiben und sich dann wieder nach Paris begeben.

Günstiger Stand der Reparationsverhandlungen in Paris.

Berlin, 23. Mai. Meldungen mehrerer Blätter aus Paris zufolge nehmen die Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit der Reparationskommission einen günstigen Verlauf. So seien, nach einer Meldung der „Börslichen Zeitung“, die italienischen Delegierten in der Reparationskommission davon überzeugt, daß eine Einigung zwischen Deutschland und der Kommission zustande kommen werde.

Paris, 23. Mai. Ministerpräsident Poincare empfing gestern nachmittag den Finanzminister de Lasteyrie und den französischen Delegierten bei dem Reparationsauschuß, Monclere, sowie den Delegierten Sergeant vom Bankierausschuß, der beauftragt ist, die Möglichkeiten einer deutschen Anleihe zu prüfen.

Lloyd George über Genua.

London, 22. Mai. Lloyd George erklärte nach seiner Rückkehr aus Genua in Unterredungen über die Genueser Konferenz, die Völker hätten eingesehen, daß es sich um einen Kampf gegen die reaktionären Elemente handele. Im Kampfe gegen die Reaktion seien Stellungen genommen worden, die von Sieg zu Sieg führen würden. Der Burgfriedenspakt sei das Große, was Genua erreicht habe. Die Bolschewisten seien nach ihrer langen Isolierung zur Berührung mit den Westmächten Europas gekommen. Sie wissen jetzt, daß ihre Grundzüge den anderen Nationen nicht aufgezwungen werden können und daß der Preis des Kredits, den sie fordern, die Anerkennung der Grundzüge der internationalen Beziehungen sei. Über die Ziele der Russen erklärte der Premierminister, er zweifle nicht im geringsten an dem aufrichtigen Willen des russischen Volkes zum Frieden. Die Völker Europas, auch das französische, verlangten leidenschaftlich nach Frieden.

London, 22. Mai. Blättermeldungen zufolge wird Lloyd George morgen zu einer Kabinettsitzung vom Lande, wohin er sich für das Wochenende begeben hatte, zurückkehren. — Nach dem politischen Berichterstatter der „Sunday Times“ wird Lloyd George in der für Donnerstag angelegten Unterhausrede sich über die Ergebnisse der Genueser Konferenz vorsichtig äußern, um nichts zu sagen, was die Eigenliebe der Alliierten jenseits des Kanals verletzen könnte.

Eine französische Stimme über Genua.

Paris, 22. Mai. Der gestern aus Moskau zurückgekehrte Unterstaatssekretär Colrat erklärte einem Redakteur des „Journal“, es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die Konferenz in Genua ungenügend gewesen sei. Man dürfe sie nicht als das Scheitern eines Wertes ansehen, sondern als die Offenbarung eines Irrtums in der Methode. In der Politik, wie bei Geschäftsangelegenheiten, müsse man alles in der Nähe betrachten. Das sei in Genua geschehen. Man werde sich ohne Zweifel anderswo wiedersehen und nachdem man die Uebel beseitigt habe, werde man mit anderen Methoden bessere Arbeit leisten.

Amerikanische Geneigtheit zur Teilnahme am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas?

New York, 22. Mai. (Zusammenfassung.) Der Associated Press wird aus Washington gemeldet, daß nach der Ansicht von Persönlichkeiten, die der Regierung nahestehen, Amerika bereit sein wird, zusammen mit anderen Nationen Pläne zur Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Gleichgewichts auszuarbeiten, wenn die sich in das Ausland begebenden Vertreter Amerikas davon überzeugt würden, daß von jeder Besprechung, an der sie teilnehmen, politische Fragen ausgeschlossen sind. Die Festlegung der Kriegsschulden der Nationen und die Bemessung der deutschen Reparationszahlungen auf einer Grundlage, die das Vertrauen einflößen, daß Zinsen und Kapital gezahlt werden, wenn sie fällig sind, sei nach der Ansicht der wirtschaftlichen Sachverständigen der Regierung der Schlüssel der Lage und sie behaupteten auch, daß die Einführung der Goldwährung unbedingt notwendig sei.

Französische Bedenken gegen das Flottenabkommen in Washington.

Paris, 22. Mai. Im Laufe der bevorstehenden Tagung der Kammer wird dieser Tage das in Washington abgeschlossene Flottenabkommen zur Ratifizierung vorgelegt werden. — Die „Chicago Tribune“ schreibt dazu, die französischen Einwendungen gegen die Fassung des Vertrags würden hauptsächlich zwei Punkte umfassen: 1. In französischen Marinekreisen werde darauf hingewiesen, daß der Versailler Vertrag Deutschland verbiete, große Flotteneinrichtungen zu treffen. Wenn Deutschland gegen den Versailler Vertrag in dieser Beziehung verstoße, sehe es sich Repressalien aus. Aber es werde durch nichts gehindert, in Rußland eine starke Flottenmacht aufzubauen. 2. Werde die Gleichstellung Frankreichs mit Italiens Schlachtschiffen eine lebhafteste Kritik erfahren. Denn während Italien nur eine einzige Seefront zu verteidigen habe, habe Frankreich deren zwei im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer, abgesehen von den Kolonien in Indio-China und Madagastar.

Das englisch-italienische Handels- und Kolonialabkommen.

Paris, 22. Mai. Der Berichterstatter des „Matin“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß keinerlei Vertrag zwischen England und Italien unterzeichnet worden sei. Allerdings seien die gepflogenen Verhandlungen mit der Ausstellung von 4 Entwürfen zu wirtschaftlichen und Handelskonzessionen abgeschlossen worden. Diese

Entwürfe bezögen sich erstens auf die kommerzielle Tätigkeit Englands und Italiens in Russland und die im Verhältnis der beiderseitigen Kapitalbeteiligung vorzunehmende Verteilung des etwaigen Nutzens aus den gemeinsamen Unternehmen; zweitens auf ein gegenseitiges Einvernehmen bezüglich der italienischen Politik in Libyen und der ägyptischen Frage; drittens auf englische Unterstützung der italienischen Handelsunternehmen in Kleinasien, Smyrna und Adalia; viertens auf die Frage, in welchem Rahmen das gemeinsame Vorgehen Italiens und Englands in der Türkei und die Verteilung des Einflusses beider Länder im östlichen Mittelmeer zu regeln seien. Nach dem Berichterstatter sollen diese Abmachungen durch Vorlage des Protokolls in den Parlamenten beider Länder bekannt gemacht werden.

Ausland.

Die Wirkung des deutsch-polnischen Abkommens.

Posen, 22. Mai. (Pol. Tel.-Ag.) Die Liquidationskommission in Posen, die auf Grund des Friedensvertrags ihre Tätigkeit ausübt, hat 10 deutschen Eigentümern mitgeteilt, daß sie bis zum 10. Juli ds. J. auf dem Liquidationswege ihre Güter zu verkaufen haben.

Die Bohottierung Russlands durch die Entente.

Genf, 22. Mai. Der Internationale (sprich ententische) Luftschiffahrtsverband lehnte ein Gesuch Russlands auf Zulassung zweier Ballone zum Gordon-Benett-Wettfliegen zum 6. August ab. — Haben die Herren vielleicht Angst, die Ententeballone könnten von den russischen Bolschewikisten inhaftiert werden?!

Eintritt der Erzherzogin von Oesterreich in Madrid.

Madrid, 23. Mai. Erzherzogin Zita, ihre Kinder, ihre Mutter und das Gefolge — im ganzen etwa 38 Personen — trafen gestern an Bord des Dampfers „Infantina Isabella“ in Cadix ein, wo die Erzherzogin von dem Flügeladjutanten des Königs, Oberst Obregon, begrüßt wurde, der sie nach Madrid geleiten sollte. Im Madrider Bahnhof erwarteten der König und die Königin, die Infantina Isabella und alle Kinder des königlichen Hauses die Erzherzogin, die sich nach dem ihr eingeräumten Prado begab.

Reichstag.

Eine Rede

des Landwirtschafts- und Ernährungsministers.

Berlin, 20. Mai. Der Reichstag nahm den Entwurf über die Autonomie der Reichsbank in zweiter und dritter Lesung an. Das Haus setzte hierauf die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes mit dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort. Der neue Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Fehr, führte dabei u. a. aus: Im laufenden Wirtschaftsjahr sind erhebliche Steigerungen in der Produktion zu verzeichnen gewesen. Die deutsche Landwirtschaft wird, wenn es gelingt, die ganze Produktionskraft zu entfalten, in absehbarer Zeit in der Lage sein, unseren Lebensbedarf in den wichtigsten Nahrungsmitteln zu decken. Die Kosten der Ernährung sind vom 1. Februar im April 1920 heute bis auf das 43fache gegenüber dem Frieden gestiegen, während der Dollarkurs in der gleichen Zeit um das 70fache gestiegen ist. Die Hauptursache der Teuerung liegt demnach bei dem starken Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln. Die Getreideumlage ist bis auf geringe Rückstände erfüllt. Die Landwirtschaft hat mit dieser Leistung ein Riesenergebnis gebracht. Die Brotversorgung ist bis zum 31. Oktober nahezu gesichert, doch wird es im kommenden Wirtschaftsjahr nicht möglich sein, die bisherigen Brotpreise zu halten. Der Redner protestiert gegen die mit bestimmter Absicht in die Öffentlichkeit getragene Unrichtigkeit, als ob die öffentliche Bewirtschaftung, insbesondere die Tätigkeit der Reichsgetreidestelle, die Schuld an der Höhe des Brotpreises trage. Zur Frage der Zudererzeugung stellt der Redner fest, daß weder Zuder, noch aus Industriezuder hergestellte Schokoladen oder Zuderwaren ausgeführt wurden. Die derzeitigen unerfreulichen Zustände beanpruchen die größte Aufmerksamkeit der Regierung. Im laufenden Wirtschaftsjahr sind 400 Millionen Mark zur Milchversorgung bereit gestellt worden. Unsere finanzielle Lage verbietet, diese Beihilfe weiter zu gewähren. Hingegen soll die hochherzige Aktion der Speisungen durch die amerikanische Kindermission der Quäker weitergeführt werden. Den amerikanischen Quäkern und allen, die das Werk fördern helfen, sei der herzlichste Dank der Regierung ausgesprochen. Das Ministerium wird dem Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft seine besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung leihen. Der Landwirtschaft konnte im vergangenen Jahre die doppelte Menge Phosphorsäure geliefert werden wie im Vorjahr. Der Milchwirtschaft gelten die Bemühungen zweier Forschungsinstitute in den Hauptmilcherzeugungsgebieten des Südens und Nordens. Es ist gelungen, die Verluste der Hochseefischereien an Fahrzeugen während des Krieges auszugleichen. Die Frage des Fortbestandes des Ernährungsministeriums beantwortet sich im Hinblick auf die hohen wichtigen Aufgaben für das Volksganze selber. Tüchtige Arbeitskräfte sind nötig, wenn es gelingen soll, Verbraucher und Erzeuger zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen und die Kluft zwischen Stadt und Land zu überbrücken.

Beworfehende Vorlage über die Brotversorgung.

Berlin, 22. Mai. Im Reichstag teilte der Minister für Ernährung und Landwirtschaft mit, daß dem Reichstag in der nächsten Zeit eine Vorlage über die Brotversorgung zugehen werde. Damit soll eine dem vorjährigen Betrag entsprechende Menge Brotgetreide in öffentliche Hand genommen werden, für die die Landwirtschaft die Erzeugungskosten und einen angemessenen Gewinn erhalten soll.

Deutschland.

Der Wiener Männergesangsverein in Berlin.

Berlin, 22. Mai. Der Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Reichskanzlers, anderer Minister und Ver-

treter der Behörden den Wiener Männergesangsverein zum Tee im Garten seines Hauses. Der Reichspräsident hielt eine Ansprache, in der er der Freude Ausdruck gab, den Wienern einen recht herzlichen Willkommensgruß entbieten zu können. Der Reichspräsident ging dann auf die große Not in Oesterreich ein und schloß, indem er den Glauben an unsere Zukunft aussprach, mit dem Wunsch, daß das Oesterreich und Deutschland umschließende Band fester geknüpft werde. Der Präsident des Vereins, Gerichtsadvokat Dr. Krükl, dankte im Namen der Wiener Sängerkorps dem Reichspräsidenten für den freundlichen Empfang.

Am die Entschädigung der Hohenzollern.

Berlin, 22. Mai. Der Amtliche Preussische Pressedienst tritt den Behauptungen einer sozialdemokratischen Parlamentskorrespondenz und der „Freiheit“ über die Abfindung der Hohenzollern entgegen, wonach eine Ueberweisung von 200 Millionen Mark nach Vorn an den früheren Kaiser beabsichtigt sei und die Eigentumsansprüche der Hohenzollern unter Umgehung des Parlaments geregelt werden sollten. Der preussische Finanzminister werde seine Anträge in der Angelegenheit an das Staatsministerium richten, dessen Sache es dann sein werde, sich über die weitere Behandlung der Angelegenheit und über eine Vorlage an den Landtag, über die der Staatsrat vorher zu hören sei, schlüssig zu machen. Die preussische Landtagsfraktion der USP. fordert die preussische Staatsregierung auf, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß mit größter Beschleunigung ein Gesetz geschaffen wird, welches die angeblichen Rechtsansprüche der Hohenzollern für null und nichtig erklärt.

Neue Fälschungen

über angebliche deutsche Kriegsorganisationen.

Berlin, 22. Mai. Laut „Montagspost“ ist vom Landgericht in Bochum ein Pole, Franz Jendrichewski, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, der nach dem Vorbild des Meisterfälschers Ansbach gearbeitet und die französischen Behörden mit einer Flut von gefälschten Berichten übersättigt hatte. Von einem Spionagebüro in Düsseldorf hat er Auftrag erhalten, Berichte über die Gefinnung der Bevölkerung im Ruhrgebiet gegenüber den französischen Truppen, über die Stärke der Reichswehr, der Schutzpolizei und deren Waffenbestände zu liefern. Bei der Ausführung dieses Auftrags ließ Jendrichewski seiner Phantasie den weitesten Spielraum. So sollen in Bochum allein 1100 junge Leute im Alter von 17½ bis 23 Jahren für ein geheimes preussisches Truppenkontingent angeworben sein. Die Zahl der in anderen Städten des Ruhrgebiets verpflichteten Rekruten bezifferte er auf mehr als 5000. Auch über eine geheime Studenten-Vereinigung in Berlin, die militärischen Zwecken dienstbar gemacht wird, mußte er zu berichten. Um seine Meldungen durch Dokumente glaubhaft zu belegen, fälschte er eine große Anzahl von Schriftstücken. Eine Befehlsurkunde des Reichswehrministers wurde nach ihm von den Einwohnern gleichgültig aufgenommen worden; nur die Presse müsse mundtot gemacht werden. Vor Gericht gab Jendrichewski zu, daß seine Meldungen erfunden und seine Belege falsch gewesen seien.

Bayerische Maßnahmen

gegen die Ausländerüberschwemmung.

Berlin, 20. Mai. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Reichsregierung wegen der bayerischen Einreisebewegung mit Bayern in Fühlung getreten. Die Vertretungen im Ausland sind dahin instruiert worden, daß sie das Recht hätten, die Voreingehung zur Einreise in Bayern zu erteilen. Nach Ankunft in Bayern ist dann innerhalb 24 Stunden die bayerische Einreiselerlaubnis an Ort und Stelle einzuholen.

Aussperrung in der Metallindustrie im Bezirk Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 22. Mai. Bei den heutigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der Metallindustriellen für Hessen-Nassau, Hessen und die angrenzenden Gebiete wurden die Vorschläge der Arbeitgeber von den Gewerkschaften abgelehnt. Das bedeutet die Aussperrung von über 40 000 Metallarbeitern im Bezirk Frankfurt a. M., wozu Offenbach, Hanau, Darmstadt und so weiter gehören. Die Aussperrung tritt heute abend bzw. morgen früh in Kraft.

Einigung zwischen dem deutschen Eisenbahnverband und der Reichsgewerkschaft.

Berlin, 23. Mai. Wie die Vorstände des Deutschen Eisenbahnverbandes und der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten dem „Vorwärts“ mitteilen, sind in der letzten Zeit zwischen den beiden Verbänden Verhandlungen zur Errichtung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront geführt worden. Beide haben sich bereit erklärt, die gegenseitige Bekämpfung aufzugeben und in der Frage der Maßregelungen, sowie auf dem Gebiete der Neuordnung der Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse fernherhin gemeinsam vorzugehen. Das fünfjährige Zusammenarbeiten soll durch eine entsprechende Vereinbarung gesichert werden.

Bäckermeisterstreik in Stettin.

Berlin, 23. Mai. In Stettin sind die Bäckermeister in den Streit getreten, weil der Magistrat den Preis für Marktbrot nur auf 10,75 Mark festgesetzt hat, während die Bäcker einen Preis von 11 Mark verlangen. Sie haben gestern schon kein Marktbrot mehr gebacken.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Mai 1922.

Zusammenkunft von Kriegervereinen des Bezirks Calw.

Am letzten Sonntag ist den Kriegervereinen von Stammheim, sowie Dachtel, Gehingen und Holzbronn vom Vorstand der Kriegervereine des Bezirks Calw, Oberlehrer Rühl, ein schöner, genutzreicher Unterhaltungsabend in Stammheim bereitet worden. Eingeleitet wurde derselbe durch mehrere Stücke des dazugehörigen Possaorchesters unter der gewandten und sachkundigen Leitung von Herrn Lehrer Götz, einen prächtigen Prolog von Herrn Heller,

sowie den wuchtigen „Königsmarsch“ von Volk, gespielt von Herrn Kaufmann-Gilw. Nach einer kurzen Begrüßung der Vereine und insbesondere der Gäste von Calw durch den Vorstand des Stammheimer Vereins, Herrn Karl Mann, ergriff Herr Rühl, der neue Vorstand der Kriegervereine des Bezirks Calw, das Wort, um in kurzen Strichen den Zweck des heutigen Abends, sowie die Aufgabe der Kriegervereine überhaupt darzutun. Der Zweck des heutigen Abends sei ein geselliger; die Mitglieder sollen einander kennen und schätzen lernen. Diesem Zweck war das Programm trefflich angepaßt. Die Aufgabe sei nicht die, den Revanchekrieg zu predigen, sondern vielmehr Pflege der Kameradschaftlichkeit und der echten Vaterlandsliebe. Politisch sei ausgeschlossen. Den beiden Mitgliedern Christian und Gottlob Beck von Stammheim, denen im Winter ihr Haus abgebrannt ist, wurde von dem Vorstand namens der Bezirksvereine eine Gabe überreicht, die dieselben gerührt in Empfang nahmen. Auch die Ueberbringer des Unterhaltungsabends waren für denselben Zweck bestimmt. Der zweite Hauptprogrammteil des Abends, der Lichtbildervortrag von Oberleutnant Baur über die Leistungen der Eisenbahntrouppen, wurde durch zwei reizvolle Lieder: „Das Weibchen“ von Mozart und „Die Soldatenbraut“ von Schumann, sowie eine Gavotte für Violine und Klavier, eingeleitet. Der begeisterte Applaus, der dem Lichtbildervortrag folgte, zeigte, welches Interesse die Zuschauer dem Gegenstand entgegenbrachten. Außer den erwähnten Mitwirkenden haben noch verschiedene Herren aus Calw zur Verschönerung des Abends beigetragen.

Die neuen Beamtengehälter.

Das Südd. Corr.-Büro schreibt: Am 1. April werden sich die Dienstbezüge für einen verheirateten Beamten mit zwei Kindern im Alter von 6—14 Jahren nach Abzug der Reichseinkommensteuer wie folgt gestalten: in Ortsklasse A: Gruppe I 30 324—37 110, Gruppe II 33 249—40 386, Gruppe III 35 940 bis 43 662, Gruppe IV 37 110—45 417, Gruppe V 39 216—47 630, Gruppe VI 40 971—49 780, Gruppe VII 43 682—53 970, Gruppe VIII 46 480—57 320, Gruppe IX 49 780—62 420, Gruppe X 53 970 bis 69 460, Gruppe XI 58 220 bis 75 360, Gruppe XII 66 620 bis 87 160, und Gruppe XIII 80 360 bis 106 260, in Ortsklasse D Gruppe I 28 520—34 840, Gruppe II 31 470—37 660, Gruppe III 33 640—40 480, Gruppe IV 34 840 bis 42 280, Gruppe V 36 480—44 400, Gruppe VI 38 210—46 800, Gruppe VII 40 480—50 040, Gruppe VIII 43 200—53 340, Gruppe IX 46 800—58 740, Gruppe X 50 040—65 260, Gruppe XI 54 490 bis 71 660, Gruppe XII 62 940—83 260, Gruppe XIII 76 410 bis 101 660 Mark.

Württ. Postüberschuß.

Die Oberpostdirektion Stuttgart hat im letzten Rechnungsjahr, das für die Reichspostverwaltung einen Abmangel von zwei Milliarden brachte, von sich aus einen einwandfreien Überschuß von 75—76 Millionen Mark erzielt, d. h. einen Gewinn, der ziemlich genau ebenso groß ist wie der Verlust der kleineren Oberpostdirektion Frankfurt a. M. Da stimmt wieder einmal etwas nicht in Berlin! Jedenfalls geht daraus klar hervor, daß, wenn überall mit solcher Ordnung und Sparsamkeit in der Post gearbeitet würde, wie in Württemberg, die Reichspostverwaltung statt eines Defizits von 2 Milliarden einen Gewinn und wir alle miteinander ein billigeres Briefporto usw. hätten. Auch im Jahre zuvor hatte Württemberg ein weit besseres Ergebnis durch die Oberpostdirektion Stuttgart als die Reichspost im ganzen. Die „Verrecklichung“ der württembergischen Verkehrsanstalten war demnach eine Berarmung.

Die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche.

Der Kirchenrechtliche Ausschuß der Evang. Landeskirchenversammlung hat zu dem Gesetzentwurf über die Auslegung des § 63 Abs. 3 Satz 2 der württ. Verfassung Stellung genommen. Es wurden dabei Bedenken geäußert, ob der Verwaltungsgerichtshof, der nach den Beschlüssen des Finanzausschusses des Landtags die Entscheidung treffen soll, eine zweckmäßige Lösung der Frage herbeiführen könne. In der wesentlichen Frage der künftigen Neuordnung der finanziellen Verhältnisse zwischen Staat und Kirche werde man so nicht weiterkommen, vor allem nicht in dem Grundproblem der ganzen Frage, welchen Einfluß die katastrophale Selbstwertung auf die Abfindung der Kirchen ausübe. Befürwortet wurde eine vorläufige Befristung der Staatsleistungen an die Kirchen auf eine noch zu bestimmende Zeitdauer ohne die Lösung der Streitfrage über § 63. Dadurch würde eine die gerechten Ansprüche der Kirche berücksichtigende, den Grundfragen der Billigkeit entsprechende Lösung für die Uebergangszeit gefunden.

Zusammenkunft der württ. Mieteinigungsämter.

Auf dem Stuttgarter Rathaus tagten am Samstag, wie das „Südd. Korresp.-Büro“ meldet, unter dem Vorsitz des Reichsrats Dr. Waidelich-Stuttgart die Vertreter von ungefähr 40 württembergischen Mieteinigungsämtern im Beisein von Ministerialrat Dr. Neujhler und Regierungsrat Ernst. Über das Reichsmietengesetz hielten Vorträge Reichsrat Sperer-Heilbronn und Gerichtsassessor Schlager-Stuttgart, insbesondere über die Mietzinsberechnung. Ministerialrat Dr. Neujhler bezeichnet es als unentschieden, ob die württ. Regierung die zweifelhafte Gültigkeit des Gesetzes durch den Staatsgerichtshof prüfen lassen wolle. In der Aussprache war man einig darüber, daß eine Folge des Reichsmietengesetzes die wesentliche Erhöhung des Mietzinses sein werde. Anerkannt wurde als geeignete Grundlage für die Berechnung der Friedensmietzins, nicht die Rohrent-

Freigabe der Zuckereinfuhr.

Mit Rücksicht auf den außerordentlichen Mangel an Zuder, unter dem die Bevölkerung seit einiger Zeit in zunehmendem Maße leidet, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhr von Auslandszucker bis auf weiteres freigegeben.

Das
Landw
guter
Betrad
aufgef
läuft
nis ein
reifen
amten
Fabrik
Auswe

(S
bildu
Sch
ausz
Angef
Schief
tomme
beistm
sind h
Ausnüt
Erfahr
Teueru
Lehrer
allen
anzule

W
mäß
um di
begün
durch
ferung
her, i
Fortst
mit un
garren
treten,
wegzu
Walde
Aufga
den ju
merk
oder e
Abfoc
brand
des Br
vorste
ist jed
des au
leisfen
bar. A
brand
die L
unter
die zur
hören
zum U
zuges
Sagen
meinde
Haus b
Zahl
rasch
Führw
ist heut
damit
sind, es

Stan
mene S

46)

„Sie
und, ni
— hör
zu haben
so bitter
„Ma
„Es
hätte de
Sohelt
Was
wundere
sind in
Schwach
Sie war
heute fri
nach Ate
„Duro
„Sie ver
lekte Ae
„Rein
strenge
vorhin v
willkürli
tern Hef
ferstab in
Mit
an das
im Gesich
lenen Br
„Wie
hächte sie

Volk, gespielt von
kurzen Begrüßung
in Calw durch den
Karl Mann, ex
Kriegervereine des
den Zweck des
Kriegervereine über
Abends sei ein ge
n und schönen Ter
lich angepaßt. Die
predigen, sonder
nd der echten Ba
den beiden Mitglie
Stammheim,
wurde von dem
abe überreicht, die
die Ueberschüsse
n Zweck bestimmt
s, der Lichtbilder
Leistungen der
alle Lieder: „Das
“ von Schumann,
eingeleitet. Der
tag folgte, zeigte,
und entgegenbrach
ben noch verschied
des Abends beige

ter.
il werden sich die
en mit zwei Kin
ug der Reichsein
asse A: Gruppe I
ppe III 35 940 bis
V 39 216—47 630,
—53 970, Gruppe
2 420, Gruppe X
75 360, Gruppe
XIII 80 360 bis
34 840, Gruppe II
Gruppe IV 34 840
VI 38 210—46 800,
—53 340, Gruppe
Gruppe XI 54 490
Gruppe XIII 76 410

tehten Rechnungs
mangel von zwei
ndreien Überschü
nen Gewinn, der
ußt der kleineren
nt wieder einmach
aus klar hervor,
arbeitsamkeit in der
die Reichspostver
en einen Gewinn
porto usw. hätten.
weit besseres Er
als die Reichspost
tembergischen Ver
nung.

at und Kirche.
bestirhtenversamm
des § 63 Abs. 3.
Es wurden dabei
der nach den Be
Entscheidung tref
zuführen könne. In
ig der finanziellen
on so nicht weiter
ber ganzen Frage,
auf die Abfindung
läufige Feststellung
sch zu bestimmende
33. Dadurch würde
genbe, den Grund
Uebergangszeit ge

ignungsämter.
m Samstag, wie
Borßig des Rechts
von ungefähr 40
Beisein von Mini
Ernst. Aber das
Sperz-Heilbronn
sondere über die
schler bezeichnete
g die zweifelhaft
schof prüfen lassen
darüber, daß eine
ge Erhöhung des
geeignete Grund
nicht die Rohren
hr.
el an Zucker, unter
ndem Maße leidet,
Landwirtschaft bis
gegeben.

Prämierung von Tabakfeldern.

Das Südd. Corresp.-B. schreibt: In diesem Jahre wird die Landwirtschaftskammer erstmals Prämierungen von Tabak mit guter Qualität vornehmen. Es kommen hierfür alle Tabake in Betracht, deren Pflanzler die von der Landwirtschaftskammer aufgestellte Anbauanweisung befolgt haben. Die Anmeldefrist läuft mit dem 1. Juli ab. Die Prämierung ist von dem Ergebnis einer Feldbesichtigung und von der Begutachtung des dortigen Tabaks durch eine Kommission bestehend aus einem Beamten der Landwirtschaftskammer, einem Pflanzler und einem Fabrikanten, abhängig. Dem betreffenden Pflanzler wird ein Ausweis über die Prämierung ausgehändigt.

Sparjamkeit in der Schule.

(SÜD.) Ein Erlass des preussischen Ministers für Volksbildung beschäftigt sich eingehend mit der Sparjamkeit in der Schule. Die Schüler sollen angehalten werden, ihre Hefte voll auszunützen und alle Blätter auf beiden Seiten zu beschreiben. Angefangene Hefte werden in der höheren Klasse weitergebraucht. Schiefertafeln sollen mehr als bisher wieder zur Einführung kommen, auch in den höheren Schulen. Auch die übrigen Arbeitsmittel, Stahlfedern, Bleistifte, Radiergummi, Tusche usw. sind heute Wertgegenstände und sollen bis aufs äußerste zur Ausnützung kommen. Dadurch sollen die Schüler aus eigener Erfahrung lernen, wie groß unsere Not an Rohstoffen und die Teuerung der unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände ist. Die Lehrer sollen keine Gelegenheit veräumen, zur Sparjamkeit auf allen Gebieten als einer der ernstesten vaterländischen Pflichten anzuleiten.

Waldbrandgefahr.

Wieder naht das Frühjahr und damit erfahrungsgemäß die Zeit der Waldbrände, die bekanntlich durch das um diese Zeit reichlich im Wald vorhandene dürre Gras begünstigt werden. Da weitaus die meisten Waldbrände durch Fahrlässigkeit entstehen, ist es nötig, daß die Bevölkerung und darunter insbesondere die Touristen und Raucher, immer wieder nachdrücklich auf die Bestimmungen des Forstpolizeigesetzes hinzuweisen, wonach es verboten ist, mit unversichertem Feuer oder Licht, also brennenden Zigaretten, Zigaretten, Pfeifen ohne Deckel den Wald zu betreten, im Walde brennende oder glimmende Gegenstände wegzuworfen oder unvorsichtig zu handhaben, und im Walde oder in dessen gefährlicher Nähe Feuer anzuzünden. Aufgabe der Eltern und Schulen muß es sein, vor allem den jugendlichen Wanderer auf den großen Schaden aufmerksam zu machen, der durch ein weggeworfenes Zündholz oder eine Zigarette oder durch das neuerdings beliebte Abstoßen im Walde entstehen kann. Wer einen Waldbrand wahrnimmt, hat, wenn die sofortige Unterdrückung des Brandes nicht gelingt, so schnell als möglich dem Ortsvorsteher der nächsten Gemeinde Anzeige zu machen; auch ist jedermann verpflichtet, zur Löschung eines Waldbrandes auf Aufforderung des zuständigen Beamten Hilfe zu leisten. Ein Nichtbefolgen dieser Bestimmungen ist strafbar. Wie bei allen Bränden, ist es besonders beim Waldbrand wichtig, daß er im Entstehen unterdrückt wird, daß die Löschen möglichst rasch zur Stelle sind (womöglich unter Benützung des Fahrtrades) und daß sie sofort auch die zur Löschung nötigen Werkzeuge mitbringen. Hierzu gehören in erster Linie Hauen, Schaufeln und Kreuzpichel zum Ausschlagen des Feuers, Abziehen des Bodenüberzuges und Bedecken mit Erde, Johann Äxte und eiserne Sägen. Es ist dringend wünschenswert, daß in jeder Gemeinde an einem allgemein bekannten Platz (Spritzenhaus bezw. Rathaus) diese Werkzeuge in der erforderlichen Zahl bereitgehalten und im Falle eines Waldbrandes so rasch wie möglich d. h. bei größeren Entfernungen mit Fuhrwerk, auf den Brandplatz geschafft werden. Der Wald ist heute ein solch kostbares Gut, daß man nicht leichtsinnig damit umgehen darf, vielmehr alle Mittel anzuwenden sind, es auch ungeschmälert der Allgemeinheit zu erhalten.

Stammheim, 23. Mai. Am Montag nachmittag ist der angemene Sohn eines hiesigen Bürgers freiwillig aus dem Leben geschied.

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dewall.
„Sie haben recht, Madame, ich war auf jenem Maskenballe, und nicht gewandt genug, mich völlig zu verstellen, glaubt man — hören Ihre Hoheit genau — glaubte man, mich dort erkannt zu haben. — Ich danke meinem Himmel, daß ich dort war, denn so bitter die Lehre auch war — sie gab mir wenigstens Klarheit.“
„Aha ...“ triumphierte die alte Dame.
„Es war ein Schwabenstreich, Madame — aber wer von uns hätte dergleichen in seinem Leben nicht einmal gemacht! ... Ihre Hoheit vergessen, daß Sie ebenfalls jung waren.“
Was jene sonst vielleicht erwidert hätte auf dieses unumwundene Zugeständnis, das bleibt dahingestellt ... Sie empfand in diesem Augenblicke nur, daß man es wagte, — sie, jene schwacherzige, tief kompromittierte Person — sie anzugreifen. Sie war darüber buchstäblich starr zuerst; zum zweiten Male heute früh fand sie nicht sogleich das richtige Wort und rang nach Atem.
„Durchlaucht,“ schnob sie mit zusammengepreßten Lippen, — „Sie vergessen, mit wem Sie sprechen. — Nennen Sie diese Ihre letzte Neuerung etwa nicht unverächtlich?“
„Nein, Hoheit ... denn ich erinnerte Sie, die unbefugte strenge Richterin, nur an Ihre eigene Jugend ... Sie sprachen vorhin von einem Porträt ... gemahnt Sie dieses nicht unwillkürlich an ein anderes — die Haare a la Titus, die Schultern tief entblößt, die Taille unter den Armen und einen Schäferstab in der Hand? ...“
Mit zwei Schritten, wie eine Löwin, sprang die alte Frau an das Fenster und riß die Vorhänge weit zurück; ganz entstellt im Gesicht, näherte sie sich dann dem Bette der tödlich erschrockenen Prinzessin.
„Wie ... Du wagst es, das zu sagen? ... Vermessen!“ schätzte sie dumpf, mit blühenden Augen und zuckenden Lippen.

den. Was dem ruhigen, anständigen, erst 18jährigen Menschen den Revolver in die Hand drückte, ist nicht bekannt.

Stammheim, 22. Mai. Am vergangenen Samstag fand im Gasthof zum Bären eine Versammlung der Bürgerpartei statt, in welcher Herr Schulrat Dr. Haller über die Frage „Was haben wir in Genua erreicht?“ sprach. Als wichtiges Ergebnis der Konferenz müssen wir Deutsche den „Vertrag von Rapallo“ buchen. In 6 Artikeln hat Deutschland große Opfer gebracht, indem es auf alle Entschädigungen gegenüber Rußland verzichtet; aber er stellt den diplomatischen Verkehr mit Rußland wieder her, wie er vor dem Kriege war. Das ist für Deutschland von größter Wichtigkeit. Rußland ist ein guter Kunde für unsere Industrie (insbesondere für landwirtschaftliche Maschinen) und ein äußerst wertvolles Land zum Bezug von Rohstoffen; auch brauchen wir es als Abwanderungsgebiet für unsern Bevölkerungsüberschuß. Alle diese Vorteile, die der Vertrag scheinbar gebracht hat, haben aber nur geringen Wert, da Rußland ja völlig darniederliegt: der Verkehr ist erledigt, da nur 7 Prozent der Eisenbahnen der Vorkriegszeit noch in Betrieb steht, auch die Landwirtschaft ist auf 25 Prozent der früheren Produktion gesunken. Wichtig ist, daß wir uns zum erstenmal als Gleichberechtigte an den Verhandlungstisch setzen dürfen und nicht wieder ein Diktat wie bisher entgegenzunehmen hatten. Zum Schluß wurde noch die Erfüllungspolitik der Regierung und die Behandlung der Kriegsschuldfrage besprochen. Die Kriegsschuldfrage ist energisch in Angriff zu nehmen. Wir wollen eine nationale Politik, was ja noch lange nicht heißt zum Kriege treiben. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine warmen, interessanten Ausführungen.

(SÜD.) Wöfingen, 22. Mai. Im Gemeinderat wurde nach stützmäßigen Ausritten mit sechs gegen fünf Stimmen beschlossen, die aufgehängten Fürstenbilder aus dem Rathsaal zu entfernen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht heute auf 313,60 M., der Schweizer Franken auf 59,93 Mark.

Märkte.

(SÜD.) Balingen, 21. Mai. Schweinemarkt. Zuführt wurden 330 Stück Milchschweine und 2 Läuferchweine, zum größten Teil sehr schöne Ware. Der Handel war lebhaft. Alles wurde verkauft. Preis pro Milchschwein 750—1450 M. und Läuferchwein 1600—1800 M.

Landesproduktenbörse.

(SÜD.) Stuttgart, 22. Mai. Obwohl sich infolge Steigens der Devisen eine festere Stimmung bemerkbar machte, verkehrte der Getreidemarkt in abgelaufener Woche lustlos. Am 22. Mai notierten je 100 Kilogramm ab würt. Stationen nominell: Weizen 1520—1540 (am 15. Mai: 1500—1520), Sommergerste 1380—1400 (unv.), Hafer 1200—1220 (1180—1200), Weizenmehl Nr. 0 2125—2145 (unv.), Brotmehl 1825—1845 (unv.), Kleie 800—820 (780—800), Heu 540—560 (unv.), Stroh 200—220 M. (unverändert).

Vierter deutscher Bauerntag.

(SÜD.) Ulm, 21. Mai. Der vierte deutsche Bauerntag der Vereinigung der deutschen Bauernvereine fand am Sonntag mit einer Hauptversammlung, einem Landfrauentag und zahlreichen festlichen Veranstaltungen seinen Höhepunkt und seinen Abschluß. Schon am Samstag hatte zu dieser Ulmer Tagung bezw. zu der damit verbundenen süddeutschen Ausstellung für Landwirtschaft und Gewerbe eine Massenwanderung der bäuerlichen Bevölkerung in die Donaustadt eingeseht, wie sie Ulm noch selten erlebt hat. Der Massenandrang steigerte sich am Sonntag, so daß die Bahnverwaltung zahlreiche Sonder-, Vor- und Nachzüge in den fahrplanmäßigen Verkehr einreihen mußte, die trotzdem überfüllt waren. Die Zahl der Besucher der Veranstaltungen

Prinzess Aurelie wich entsetzt zurück, wie vor einem Gorgonenhaupt. — sie fürchtete Gewalttätigkeiten.
„Unglücklich! ... Elende!“ — schrie jene dumpf.
Mit stockendem Atem lauschte die kleine Gräfin dieser furchtbaren Szene, ganz ungläubig hinter den schweren Falten. Alles hing davon ab, daß Durchlaucht jetzt Stand hielt. — Selbst auf die Gefahr einer Entdeckung hin gab sie Durchlaucht einen beinahe festigen, aufmerksamen Puff. Diese richtete sich hoch in ihren Kissen auf und sah sie an.
„Madame, — ich sage nur, was ich behaupten kann. Oder leugnen Ihre Hoheit etwa? — Verlangen Sie Beweise?“ begann Prinzess aufs neue und wie es schien gefaßt, es aufs äußerste antommen zu lassen.
„Soll ich Namen nennen ... Soll ich Ihnen sagen, daß Sie einstmals gerade so wie ich einen Untertan zu heiraten wünschten? — Daß Sie ...“
„Nenne ihn!“ rief die Gräfin ganz außer sich und mit erhobenen Armen.
Die Prinzessin wurde bleich, aber, zum Glück, sie wankte nicht. „Hofmarschall von Seydenbrandt auf Bodungen,“ sprach sie fest.
Mit einem Witzschrei sank Prinzess Friederike in einen Sessel und schlug die Hände heftig vor ihr Gesicht ...
„Sie haben mich dazu gezwungen,“ verkehrte Durchlaucht, in deren Herzen die Gutmütigkeit sogleich wieder die Oberhand gewann.
Etwas vornehmlich war dies, denn wie eine gereizte Schlange zischte sie plötzlich wieder empor: „Märrin, die Du bist! — Als ich mich für ihn malen ließ, da war ich jung ... schön ... gesehert, — war ich zweiundzwanzig Jahre alt ... da verzeiht man so etwas — nicht aber einer verblühten, alten, lieblosen Strohjungfer von dreißig!“
Diese unerwartete Erwiderung wirkte auf die kleine Gräfin

tenberechnung. Werden etwa 75 Prozent des Friedensmietzinses als Grundmiete im Sinne des Gesetzes angenommen, so bleiben etwa 25 Prozent für die Betriebs- und Instandhaltungskosten zurück, was für angemessen erachtet wurde. Der im Gesetz vorgesehene Prozentsatzzuschlag zur Grundmiete für die heutigen Betriebskosten wurde abgelehnt und an seiner Stelle die Beibehaltung der Vollumlage der Gebühren, Steuern und Abgaben, sowie 10 Prozent der Grundmiete als Zuschlagsvergütung für die Verwaltung empfohlen. Genannt wurden Zuschläge in Höhe von 150—300 Prozent der Grundmiete.

gen am Sonntag, aus fast allen Teilen des Landes, vorwiegend aus dem Oberland, der Alb, dem Donautal, und den benachbarten Bezirken, überschritt 100 000 weit. — Schon der Begrüßungsaabend im Festsaal des Saalbaues am Samstag, bei dem die Führer der 27 deutschen Bauernvereine sprachen, zeigte, daß es sich um eine mächtige Kundgebung der Bauernschaft handelte. Die Festgottesdienste am Sonntag morgen in den katholischen und evangelischen Kirchen waren überfüllt. Die Geistlichen nahmen in ihrer Predigt auf die Bedeutung des Tages Bezug. — Um 10 Uhr begann im Saalbau der deutsche Landfrauentag, der allerdings einen besseren Besuch verdient hätte. Freiherr von Freyberg-Allmendingen eröffnete ihn mit Begrüßungsworten und betonte die Wichtigkeit der Frauentagung, nachdem die Frauen das Wahlrecht erhalten haben und auf allen Gebieten vollberechtigt mitwirken können. Er forderte sie auf, sich in der Frauenorganisation zu sammeln. Namens des Verbands der landwirtschaftlichen Hausfrauen sprach Frau Fürstin Hohenlohe-Waldenburg Begrüßungsworte und forderte eine Frauenvertretung in der Landwirtschaftskammer wie im Reichswirtschaftsrat. Freiherr von Kerdern übermittelte die Grüße der deutschen Bauernvereine, Frau Lamprecht die des katholischen Frauenbundes, Frau Lehle die des bäuerlichen katholischen Frauenbundes und Frau Böhm, die Vorsitzende des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine verlangte in einer längeren Ansprache Hebung des bäuerlichen Berufsstolzes als wichtigste Waffe gegen die Landflucht, Freude an der Verschiedenheit der Stämme und der Berufsstände und den Zusammenschluß der Lehteren. Dann hielt Direktor Jenhardt einen Vortrag über die Frau im Bauernhaus. Von Goethes Hermann und Dorothea ausgehend, schilderte er die Arbeit der Frau in der Kriegszeit. Jetzt sei die Zeit gekommen, wo die christliche Caritas nicht nur aus dem Bauernhaus, sondern auch in dasselbe hineingehe. Die Not auf dem Lande könne aber eher gemindert werden als in den Großstädten. Fleiß, Mithätigkeit, fürsorgende Liebe und praktisches Christentum sei erforderlich zur Milderung des sozialen Elends. Die Frau müßte für ein längeres Amt eintreten, und auch die Bauersfrau dürfe nicht rüchständig sein. Sie dürfe nicht jede Überbildung und jeden Modestram mitmachen, Einfachheit und Rückkehr zur Natur müßten im Vordergrund stehen. Daraus ergebe sich auch die Notwendigkeit der Frauenvereinigungen, die Einstellung der Landfrau auf die Vielfältigkeit ihres Berufes. Die Grundlagen der Frauenvereine seien Familie, Christentum und Eigentum. Bereits werde an diesem gerüttelt. Wenn nicht gegen diese Störung des Heiligtums Front gemacht werde, folge der Sturz in einen tiefen Abgrund. Dann sprach Fräulein Denf, Referentin der Württembergischen Landwirtschaftskammer über die Heranbildung unserer weiblichen Landjugend. Sie wies daraufhin, daß die Führung der ländlichen Wirtschaft heute größere Ansprüche stelle an die Hausfrau als früher. Die Hausfrauentätigkeit hätte nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine soziale Bedeutung. Daraus erwachse die Notwendigkeit der Ausbildung der Hausfrau. Jedes junge Mädchen, das heiraten will, sollte einen Ausweis vorzeigen müssen, der besagt, daß sie imstande ist, einen Haushalt selbständig zu führen. Die Fortbildung wäre wie ein allgemeines Dienstjahr aufzufassen. Frä. Denf erörterte sodann die Möglichkeit der Ausbildung für den landwirtschaftlichen Hausfrauenberuf und beleuchtete die bisherige Tätigkeit der verschie-

so draßlich, daß sie um ein Haar laut aufgelaht hätte, trotz ihres Jornes und ihrer Furcht vor einer Entdeckung.
„Sie sprechen von Spionieren?“ fuhr die alte Dame gereizt und spitzig fort ... „Ich vermute, Sie halten selbst Spione in meinem eigenen Hause. Mich dünkt, ich nähre Schlangen an meinem Busen.“ (Wie Gräfin Martha erschrak und wie sie innerlich knirschte!)
„Hoheit irren — solche Mittel sind mir zu niedrig. Ich verteidige mich nur, ich greife nicht an. Wäre es anders, ich würde mir Herrn Girschners, Ihres Zuträgers, häufige Besuche hier verbitten und würde meiner Garderobiere, Frau Grabow, längst den Abschied gegeben haben.“
Hoheit bebt vor Zorn ...
„So? ... meinen Zuträger wollen Sie sich verbitten, aber dessen Tochter gewähren Sie Audienz?“ rief sie heimtückisch und richtete ihre funkelnden Augen auf jene.
„Weil ich derselben Dank schulde, Madame; sie deckte mir den Rücken auf jenem Maskenballe. Ich habe allen Grund, mit eben jener Frau Grabow sehr unzufrieden zu sein, — sie bestiehlt mich. Ich möchte mich dankbar erweisen und Eva Girschner ihre Stelle anbieten.“
Hoheit machte große Augen ... sie sah fast bestürzt aus.
„Wie — die Geliebte des Malers in Ihrem Hausstande!“ rief sie dann wütend ... „Ist es nicht genug an dem Ringe, welchen Sie ihr geschenkt haben! ...“
„Die Geliebte des Malers? ... Davon ist mir ebensowenig bekannt, als von einem geschenkten Ringe. Sie irren sich, Hoheit,“ erwiderte Prinzess Aurelie mit Würde ... „Im Uebrigen, mein Kopf schmerzt mich unerträglich, — ich bitte ernstlich um Schonung, Hoheit. Machen Sie von dem, was ich getan und Ihnen gesagt habe, den Gebrauch, welchen Sie wollen. Von meiner Seite seien Sie der strengsten Distraction verächt.“
(Fortsetzung folgt.)

denen Frauvereine in Württemberg auf diesem Gebiet, wobei sie auf die langjährigen Verdienste der Klöster Stessen, Reute, Boulanden und Untermarchtal hinwies. Für reine Hauswirtschaft bestehen derzeit Schulen für Frauen in Aulendorf, Schrozberg, Untermarchtal, Stessen, Boulanden, Reute, Gmünd, Saulgau und Stuttgart, mit landwirtschaftlichem Einschlag in Großsachsenheim, Ochsenhausen, Blaubeuren, Kupferzell, Denkendorf, Reutlingen und Ulm. Dazu kommen die Hauswirtschaftslehre in Großsachsenheim und Stuttgart und voraussichtlich das hauswirtschaftliche Lehrerinnenseminar in Kirchheim, das der Staat dort einrichten wird. Alle diese Schulen bezwecken die Erziehung der weiblichen Jugend zu wirtschaftlicher und sozialer Arbeit. Weiter wurde die Tätigkeit der Frauvereine in Kursen aller Art beleuchtet. Mit dem Hinweis auf den natürlichen Beruf des Mädchens als Hausfrau und Mutter schloß die Rednerin. Freiherr Freyberg von Allmendingen sprach noch Dankesworte und betonte die Verständigung von Stadt und Land.

(Fortf. des Berichts morgen.)
(S. 21. Mai. Am Samstag mittag begann die Sitzung der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine. Hr. v. Kerckerink zur Borg begrüßte als Präsident die aus allen Teilen Deutschlands erschienenen Vorstände und Vertretungen der 27 deutschen Bauernvereine. Zum Entwurf des Gesetzes über die Zwangsanleihe wurde von allen Seiten und mit aller Schärfe betont, daß der Ertragswert maßgebend sein müsse in der Höhe, wie er beim Reichsnotopfer fest-

gestellt wurde. Eine Neuveranlagung sei technisch undurchführbar und würde die Wirkung des Gesetzes um Jahre hinaus verzögern. Ferner sei mit allem Nachdruck zu fordern, daß der Mindestsatz auf 250 000 M. heraufgesetzt werde. Auch müsse man noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß die Durchführung des Gesetzes nur möglich sei unter der Mitarbeit der Sachverständigen, wie sie von den landwirtschaftlichen Körperschaften benannt werden. Erneut wurde hingewiesen auf die Bedeutung der Buchführung für bäuerliche Betriebe. Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine hat in ständiger Fühlungnahme einen Entwurf für die bäuerliche Buchführung ausgearbeitet. Bezüglich des Arbeitsgerichtsgesetzes hat sie sich gegen die Bestrebungen des Reichswirtschaftsministeriums gewandt, hier nur Vertretungen der Arbeitgeberverbände und Arbeitnehmerverbände zur Mitarbeit heranzuziehen, wodurch große Teile der bäuerlichen Bevölkerung ausgeschlossen würden. Als eine weitere bedeutsame Aufgabe wurde die Organisation der Jungbauernschaft bezeichnet. Im Mittelpunkt stand die Stellungnahme zur Getreide- und Kartoffelbewirtschaftung. Auf beiden Gebieten wurde grundsätzlich und vorbehaltlos die freie Wirtschaft gefordert. Das Fortbestehen jenseitiger zwangswirtschaftlicher Bestimmungen wurde als gleichbedeutend mit der Verminderung oder Zerstörung der heimischen Produktion angesehen. Kompromisse sind auf diesem Gebiete nicht mehr möglich. Andererseits wurde mit aller Deutlichkeit die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Landwirtschaft betont, an

einer Verbilligungsaktion aller wirtschaftsstarren Kreise für die notleidende Bevölkerung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit teilzunehmen. Betreffs des Hilfswertes der deutschen Landwirtschaft und seiner Durchführung bestand Einmütigkeit darüber, daß die landwirtschaftlichen Organisationen in Verbindung mit der Reichs- und Staatsregierung alles unterstützen müssen, was zur Hebung der Produktion beitragen kann.

(S. 22. Mai. Unter den Vergnügungsveranstaltungen anlässlich des Deutschen Bauerntages erregten das Fischereischiffen auf der Donau am Samstag und Montag und der Fallschirm-Ab sprung des Luftkapitän Leih das größte Interesse. Gegen 30 000 Menschen wohnten dem Schauspiel an der Donau an. Drei Bott-Zillen in bayerischen Farben gefrichen und drei in den württembergischen Farben führten den Kampf. Jede Zille hatte drei kräftige Ruderer an Bord. Die Stecher hatten auf dem erhöhten Heck der Zille Platz genommen. Ein Trompetensignal rief das erste Paar zum Kampfe. Dann begann das Turnier, das immer damit endete, daß einer der Stecher in das kühle Donauwasser fiel. Mancher der kostümierten Stecher plumpste schon vor dem Ansehen des Speers zur Heiterkeit der Zuschauer ins Wasser. Der Fallschirmab sprung des Luftkapitän Leih war nicht vom Glück begünstigt. Der Sprung aus dem Flugzeug erfolgte programmäßig über der Donau, aber der Fallschirm blieb an einem Tau hängen und löste sich erst über Neu-Ulm, so daß der Absturz von den Zuschauern nicht deutlich gesehen wurde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw.
Druck und Verlag der W. Zellweger'schen Buchdruckerei, Calw.

Rechnungen
Briefbogen
stellt rasch und
billig her die
Tagblatt-Druckerei

Bezirkswirtschaftsverein Calw.
Morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr findet eine
**außerordentliche
sehr wichtige Versammlung**
bei Kollege Glück, Weinlube statt.
Tagesordnung:
Preisregelung aller in unserem Berufe einschlagenden Speisen und Getränke.
Zu dieser Versammlung sind alle Kollegen, auch Nichtmitglieder eingeladen.
Der Ausschuss.

Landw. Konsumverein Calw.
Kalkstickstoff, Rhénania,
fein Kainit,
Ammoniaksuperphosphat
und Kalisalz
sind auf Lager
Kümmerle, Badstraße.

In den nächsten Tagen trifft ein Waggon
prima Speisekartoffeln
ein und wollen Bestellungen, auch von
Nichtmitgliedern, sofort gemacht werden.
Spar- & Konsumverein Calw und Umg.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Rundschreiben
Preislisten
stellt in geschmackvoller Ausführung her die
Tagblatt-Druckerei.

:: Badischer Hof, Calw ::
Dienstag, den 30. Mai 1922, abends 8 Uhr
Bunte Tänze
von
Claire Therwal, aus Zürich
Am Flügel: Dr. Riedel, vom Landestheater
Stuttgart.
Kartenvorverkauf:
Buchhandlung Häussler in Calw.
Preise der Plätze:
I. Platz 10.50, II. Platz 6.70, III. Platz 5.60.

Musikalischer Abend
zu Gunsten der
Lübinger Studentenhilfe
im Waldhornsaal Calw
Mittwoch, 31. Mai 1922.

Mitwirkende:
Frl. Britta Nilsson, Karlskrona (Schweden), (Gesang);
die Herren Rudolf Bögel, (Klavier); Helmut Hölzer,
(1. Violine); Otto Pfau (2. Violine); Georg Wagner,
(Viola); Erwin Weber, (Cello), von Calw.
1. Sonate in D-Dur für 2 Violinen, obligat, Cello,
Klavier Corelli.
2. Bratzen-Trio (Es-Dur), Menuett mit
Trio-Allegretto Mozart.
3. a) Ich liebe Dich } Gesang Brahms.
b) Sapphische Ode } Grieg.
c) Wiegenlied (Schwedisches Lied) Nordquist.
4. Streichquartett
a) Adja Cantabile m. Variationen (Es-Dur
Quartett, aus d. Kaiserquartett) Nr. 17 Haydn.
b) Menuett mit Trio aus dem G-Dur
Quartett Haydn.
5. a) Ich kann's nicht lassen } Gesang Schumann.
b) Waldgespräch } Schumann.
c) Die Jungfrau unter der Linde
(Schwedisches Lied) Peterson-Berger.
6. Klavierquartett g-moll (Allegro-Andante-
Rondo) Mozart.
Anfang punkt 8 Uhr. Eintrittspreis 10 Mk.
Karten in der Buchhandlung Kirchherr
im Vorverkauf.

Auf diesem Wege geben wir bekannt,
daß durch den allgemeinen Ausschlag der
Stundenlohn
ohne Kostberechnung Mk. 15.—
mit Kostberechnung Mk. 12.—
beträgt.
**Die Maurermeister von Breitenberg,
Martinsmoos, Gängenwald,
Zwerenberg und Neuweiler.**

Heute Dienstag abend wird
auf der
Freibank
gutes, junges
Ruhfleisch
das Pfund zu 25 Mark
ausgehauen.

la. Galzheringe
empfiehlt
Fr. Lamparter.

la. Saarkoks
(Zechenkoks), sowie la.
Saarnußkohlen
bezugscheinfrei, treffen in den
nächsten Tagen ein u. nimmt
jetzt schon Bestellungen entgegen.
Aug. Kaufmann Nachf.
Bfrozheim
Christof-Allee 33, Tel. 181.

Javelstein.
Verkaufe am Mittwoch,
den 24. Mai abends 7 Uhr
einen Wurf reine, ans
Fressen gewöhnte
Milch-Schweine
S. Volz.

Wir suchen
**2 kräftige
Arbeiter**
für eine hiesige Fabrik, im
Alter von 16 u. 22-25 J.
Bezirksarbeitsamt Calw

Einfaches fleißiges
Mädchen
gesucht, für Zimmer u. zum
Servieren. Guter Lohn und
Trinkgeld.
Geschw. Rutschler,
Café u. Pension, Ernstmühl

Ein besseres
Mädchen
das schon gedient und gute
Zeugnisse hat, wird zu ält.
Ehepaar nach Stuttgart ge-
sucht.
Näheres durch die Ge-
schäftsstelle ds. Pl.

Verloren
ging auf dem Wege von
Kentheim bis Bahnhof Calw
eine schwarze Samttasche
mit größerem Geldbetrag.
Der eheliche Finder wird ge-
beten, dieselbe abzugeben bei
Friedrich Schmierte,
Kentheim.

Zugelaufen
ein roter, starker
Dachshund
mit weißer Brust.
Abzuholen gegen Futter-
geld und Einrückungsgebühr
bei
Abam Volz,
Agenbach.

Briefumschläge
Versandtaschen
liefert die
Tagblatt-Druckerei

Deckenpfronn.
Am Himmelfahrtsfest, 25. Mai
nachmittags 2 Uhr
wird das hiesige
**Gefallenen-
Denkmal**
eingeweiht.
Jedermann ist freundlichst eingeladen.
Gemeinderat.

Hermann Münz
Bischöfstr. 483 Calw Bischöfstr. 483
Feine Herren-
und Damenschneiderei.

„Nissin“ Tolles Zahnweh
gegen Kopfläuse.
Nichts anderes nehmen!
Fr. Lamparter, Calw.
stilt sofort Dr. Busch's
destillierte Zahntropfen. Zu
haben in der Ritterdrogerie.

**Mitteilungen,
Postkarten**
liefert rasch
u. billig
die
Tagblatt-Druckerei

Nr. 1
In den
Deutschland,
Ergebnis
selbstveränd
innenpolitisch
dürften die
er seine Au
Konferenz z
von Frankre
in den Vor
bringen sich
schulden, son
Privateigent
die Allierte
ureigenstes
er feinerzeit
Leistungen so
mit Temper
gleichs" in
den „ehrlische
in Englands
dem Gebiete
den deutsch-
ins Zeug, un
Grundlagen
beutung der
Reine zu br
Erpressungsz
eben für den
Industrie u
Vorschlag Li
den Stand se
die russische
Konzeptionen
Aufbauarbeit
Eloyd Georg
friedenspaß
ger Momente
— wenn au
unmöglich m
dieses Patte
maßnahmen
sendfältig au
halten haben
Rußland alle
Von diese
Lungen de
Hermes in
der Enten
Kommission
nes, das von
läufigen Zah
Februar fällt
einer deutsche
Ausschub bis
Jahr 720 Gol
gen. Ob nun
das soll von
erstmal 60 M
weiterhin von
wirtschaft. B
abgelehnt, da
weil wir nicht
sind. Es wird
davon zu über
haben, daß w
unserer Leistun
türlich genau,
nicht wirtschaft
und die verla
hens Deutschle
und anderer v
men könnte. T
sachen aufge
nicht im vorau
auf hin, daß
Europas nur
ist aufgibt. V
Schung oder lan